

Wilhelm Kempf

Societal Beliefs und Moral Disengagement in der Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt – Dokumentation der empirischen Befundlage

Abstract: In einem Aufsatz „Zur Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt“, der in *wissenschaft & frieden*, Vol. 38, No. 3 erschienen ist, wurde anhand von fünf Vorfällen aus dem zweiten Halbjahr 2016 die Eignung von Natan Sharanskys (2004) 3 D-Test zur Identifizierung von antiisraelischem Antisemitismus in Frage gestellt und die These vertreten, dass sich die 3 Ds auch in der Argumentationsweise von Unterstützern der israelischen Palästinapolitik finden. Der vorliegende Arbeitsbericht dokumentiert die empirische Befundlage, auf der diese These beruht.

1. Einleitung

In einem Aufsatz für *wissenschaft & frieden* (Kempf 2017) habe ich anhand von fünf Vorfällen aus dem zweiten Halbjahr 2016 die These vertreten,

- dass Doppelmoral, Dämonisierung und Delegitimierung keineswegs Alleinstellungsmerkmale von antiisraelischem Antisemitismus sind,
- sondern sich – wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen – auch bei Unterstützern der israelischen Politik finden
- und mit Prozessen der moralischen Ablösung im Sinne Banduras (1986, 1999) einhergehen.

Da die empirischen Befunde, auf denen diese These beruht, wegen der Kürze des Manuskriptes in *wissenschaft & frieden* nicht im Detail dokumentiert werden konnten, soll dies im Folgenden nachgeholt werden.

2. Die untersuchten Vorfälle

Sie untersuchten Vorfälle waren:

1. Die Kündigung des Bankkontos der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. durch die Bank für Sozialwirtschaft.¹
2. Studentische Aktivitäten gegen einen Vortrag von Rolf Verleger über das von ihm mitbegründete Bündnis zur Beendigung der israelischen Besetzung an der Universität Marburg.
3. Die vom *Tagesspiegel* losgetretene Pressekampagne gegen das, aus öffentlichen Geldern finanzierte, palästinensische Kulturfestival After the Last Sky im Berliner Ballhaus Naunynstraße,
4. Das Verbot einer Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Trauma-Rehabilitationszentren in Gaza und den besetzten Gebieten im Foyer des Heidelberger Rathauses,
5. Studentische Aktivitäten gegen einen Vortrag von Rolf Verleger über Ergebnisse des Anti-Semitism and the Criticism of Israel (ASCI) Surveys² an der Universität Freiburg.

Die Auswahl dieser Vorfälle ist zwar beliebig, jedoch repräsentativ für das Spektrum an Themen, das aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden muss, wenn Netanjahus Politik nicht weiter an Unterstützung verlieren soll:

1. Die Realität der israelischen Occupartheid³, ihre Ausdrucksformen und ihre Auswirkungen auf die Lebensumstände der Palästinenser,
2. palästinensische Kultur und Geschichte, deren Bekanntwerden eine Solidaritätsbrücke zwischen Juden und Palästinensern bilden könnte, und
3. schon der bloße Gedanke, dass Kritik an der israelischen Palästinapolitik auch andere Gründe als Antisemitismus haben könnte.

¹ Der Erfolg der dieser Kampagne war allerdings nur von begrenzter Dauer und die Bank für Sozialwirtschaft hat ihre Geschäftsbeziehung mit der Jüdischen Stimme im Frühjahr 2017 wieder aufgenommen, nachdem beide Seiten ihre Standpunkte ausgetauscht und die Jüdische Stimme erklärt hatte, dass sie Aktivitäten, die die Existenz Israels in Frage stellen, entschieden ablehnt und nur solche Aktivitäten unterstützt, die gewaltfrei auf ein Ende der israelischen Besetzungspolitik drängen und nicht gegen die Existenz des Staates Israel gerichtet sind

(vgl. http://www.cco.regener-online.de/2017_1/pdf/JuedischeStimme.pdf)

² Zu Methodologie und Ergebnissen des ASCI-Surveys siehe Kempf (2015).

³ Definiert als Diskriminierung zwischen Bevölkerungsgruppen auf Grundlage der ethnischen Herkunft als Ergebnis einer dauerhaften Besetzung (Bar-Tal 2015).

	1. Konto- kündigung	2. Flugblatt Marburg	3. After the last Sky	4. Ausstel- lungsverbot	5. Flugblatt Freiburg
Entzug d.Handlungsfähigkeit	x	x	x	x	x
Rechtliche Bedenklichkeit	(x)	x	x	x	x

Tabelle 1: Gemeinsamkeiten der fünf Vorfälle

Allen fünf Vorfällen ist gemeinsam, dass sie darauf abzielen, den Occupartheidsgegnern die Handlungsfähigkeit zu entziehen: Von der Kündigung des Bankkontos der Jüdischen Stimme [1] und dem Verbot der Ausstellung im Heidelberger Rathaus [4] über die Forderung nach Verhinderung des Vortrags an der Uni Marburg [2] und Schließung des Cafe Palestine an der Uni Freiburg [5] bis zur Druckausübung auf den Berliner Senat, die Reißleine zu ziehen und die Mittelvergabe im Kulturbereich auf den Prüfstand zu stellen [3] (vgl. Tab. 1).

Ebenso gemeinsam ist ihnen die rechtliche Bedenklichkeit der Mittel, derer sich die Unterstützer von Netanjahus Politik dabei bedienen: von anonymer Hetze [5] über die Verletzung journalistischer Normen⁴ [3] und des Presserechts [2, 3] bis zu Vertragsbruch [4] und (mutmaßlicher) Verletzung des Bankgeheimnisses [1] (vgl. Tab. 1).

3. Die analysierten Dokumente

Im Einzelnen wurden die folgenden Dokumente analysiert:

3.1 Kontokündigung

- [1] "Bank für Sozialwirtschaft kündigt Konto einer jüdischen Friedensorganisation". Dokumentation einer Pressemitteilung der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.. *conflict & communication online*, Vol. 16, No. 1 (2017).
http://www.cco.regener-online.de/2017_1/pdf/Kontokueundigung.pdf
- [1-1] "German Jewish NGOs urge bank to close BDS account". *The Jerusalem Post* vom 16. November 2016.
<http://www.defenddemocracy.org/media-hit/benjamin-weinthal-german-jewish-ngos-urge-bank-to-close-bds-account1/> (Download 18.01.2017)
- [1-2] "German bank pulls plug on anti-Israel BDS bank account. Shutdown reasons may include terrorism and antisemitism. *jpost.com*, 28.11.2016.
<https://twitter.com/BenWeinthal/status/803191051397664769> (Download 18.01.2017).

3.2 Flugblatt Marburg (gegen das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung)

- [2] "Keine Bühne für Antisemiten! Den Auftritt von Rolf Verleger verhindern!". Dokumentation eines presserechtlich nicht gezeichneten Flugblattes an der Universität Marburg vom 28.11.16. *conflict & communication online*, Vol. 16, No. 1 (2017)
www.cco.regener-online.de/2017_1/pdf/Marburg_AntifaFlublatt.pdf

3.3 After the Last Sky

- [3] Umstrittenes Kulturfestival in Berlin. Gegen Israel – mit öffentlichen Geldern. *Der Tagesspiegel* vom 20.10.2016.
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/umstrittenes-kulturfestival-in-berlin-gegen-israel-mit-oeffentlichen-geldern/14711762.html> (Download 27.10.2016 / aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Landgerichts Berlin nicht mehr online).
- [3-1] Ballhaus Naunynstraße: Antisemitismusvorwurf gegen Kuratorinnen. *Berliner Zeitung* vom 21.10.2016.
<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/ballhaus-naunynstrasse-antisemitismusvorwurf-gegen-kuratorinnen-24956284> (Download 27.10.2016)
- [3-2] Keine antiisraelischen Sätze im Ballhaus. *Berliner Zeitung* vom 20.10.2016.
https://www.genios.de/document?id=BEZE__MDS-A-C852067A-6B32-4CF4-8588-7C45588F23DE&src=hitlist&offset=0 (Download 08.03.17)

⁴ Durch die ungeprüfte Übernahme vom Tagesspiegel aus der Luft gegriffener Behauptungen, u.a. in der Berliner Zeitung (Dokument 3-1).

3.4 Ausstellungsverbot

- [4] "Die verbotene Ausstellung "Kinder in Palästina" in Heidelberg". Dokumentation einer, von der Palästina-Initiative Heidelberg erstellten, Chronik der Ereignisse. *conflict & communication online*, Vol. 16, No. 1 (2017)
www.cco.regener-online.de/2017_1/pdf/Chronik_Ausstellungsverbot.pdf

3.5 Flugblatt Freiburg (gegen Vortrag über das ASCI-Survey)

- [5] "Kein Raum für Antisemitismus – an der Uni und anderswo!". Dokumentation eines anonymen Flugblattes an der Universität Freiburg vom 10.11.16. *conflict & communication online*, Vol. 16, No. 1 (2017)
www.cco.regener-online.de/2017_1/pdf/Freiburg_AntisemitismusFlugblatt.pdf

4. Moralische Ablösung

Nach Bandura (1986) lassen sich acht Mechanismen der moralischen Ablösung unterscheiden, die (1) an der Bewertung des verwerflichen Verhaltens, (2) an der Einschätzung seiner schädlichen Folgen, (3) an der Verantwortungsfrage und/oder (4) an der Abwertung der Geschädigten ansetzen können (vgl. Abb. 1).

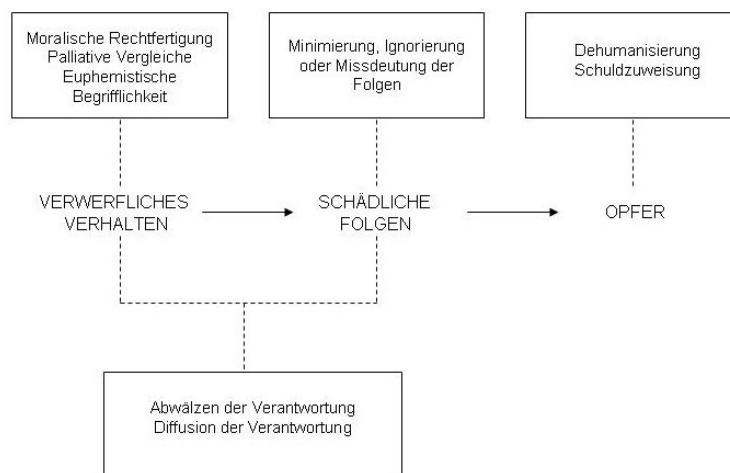


Abbildung 1: Mechanismen der moralischen Ablösung, nach Bandura (1986, 376)

In den analysierten Dokumenten wird (a) teilweise die israelische Occupartheid als solche, teilweise aber auch (b) eigenes Verhalten ihrer Verteidiger (bzw. der Autoren der Dokumente) mittels der von Bandura identifizierten Mechanismen von ethischen Standards abgelöst. Nur eine Diffusion der Verantwortung konnte in den Dokumenten nicht gefunden werden (vgl. Tab. 2), obgleich der Appell zur Verantwortungsdiffusion in Netanjahus Anspruch, Sprecher aller Juden zu sein, durchaus enthalten ist.

	1. Konto-kündigung	2. Flugblatt Marburg	3. After the last Sky	4. Ausstel-lungsverbot	5. Flugblatt Freiburg
Moralische Rechtfertigung	x	x	-	x	x
Palliative Vergleiche	-	x	-	-	x
Euphemistische Begrifflichkeit	x	x	x	x	-
Leugnung, Minimierung und...	(x)	x	x	x	x
Dehumanisierung	(x)	-	x	x	(x)
Schuldzuweisung	-	x	x	-	x
Abwälzen der Verantwortung	-	x	-	-	x
Diffusion der Verantwortung	-	-	-	-	-

Tabelle 2: Moralische Ablösung (nach Bandura 1986)

Rechtfertigung durch höhere moralische Ziele, umfasst ein Spektrum, das von (a) der Rechtfertigung der israelischen Palästinapolitik als Garantie für die Sicherheit des jüdischen Staates (Dokument 1-1) als Schutzraum vor dem globalen Antisemitismus (Dokument 2), dessen Errichtung für viele jüdische Menschen die Konsequenz

aus dem Holocaust gewesen sei (Dokument 2) und der von allen Seiten angegriffen und verbal zur Vernichtung freigegeben werde (Dokument 5) bis zu (b) der Rechtfertigung des Ausstellungsverbotes durch die Neutralitätspflicht der Stadt Heidelberg (Dokument 4).

Palliative Vergleiche heben (a) auf Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten (Dokumente 2 und 5) ab, welche „die Menschenrechte auch der andersliebenden, -glaubenden und -denkenden Bevölkerung schützt“ (Dokument 5).

Euphemistische Begrifflichkeit setzt (a) Worte wie „Israelkritik“ (Dokument 2) oder palästinensische „Opfer“ (Dokument 3) in Anführungszeichen, spielt die Flächenbombardements im Gaza-Krieg 2014 als Militäreinsatz herunter (Dokument 3-1) und (b) bezeichnet, auf der Mitgliederwebsite der Berliner jüdischen Gemeinde verbreitetes, Propagandamaterial gegen Boycott, Divestment & Sanctions (BDS) Bewegung als Lehrmaterial (Dokument 1-1) oder verwendet das Wort Neutralitätspflicht als Chiffre für Unterdrückung des Sichtbarwerdens von für Israel ungünstigen Tatsachen (Dokument 4).

Leugnung, Ignorierung und Missdeutung der Folgen der Occupartheid umfasst ein Spektrum das (a) vom Vorwurf der Täter-Opfer-Umkehr (Dokument 5), über Abwehr kritischer Begrifflichkeiten als Hetze (Dokument 3), Unsichtbarmachen der Traumatisierung palästinensischer Kinder durch das Ausstellungsverbot (Dokument 4) und Zurückweisung des Tatbestandes, dass sich aus dem Holocaust keine Rechtfertigung der Besetzung ableiten lässt (Dokument 2); Inkriminierung des palästinensischen Narrativs, das in der Nakba ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Dokument 3-1) und die Palästinenser als Nachfolgeopfer des Nationalsozialismus sieht (Dokument 2) bis (b) zur Leugnung der Verletzung des Bankgeheimnisses durch die Bank für Sozialwirtschaft (so es sie tatsächlich gegeben haben sollte) (Dokument 1-1).

Dehumanisierung (nicht nur) der Palästinenser erfolgt durch Unsichtbarmachen der palästinensischen Bevölkerung⁵ (Dokument 1-1)], Geschichte und Kultur⁶ (Dokumente 3 und 3-1) und Reduzierung ihrer Wahrnehmung auf radikale Aktivisten, Terroristen, Kopftuchträgerinnen und angehörige einer Religion, die mit Demokratie unvereinbar sei. Hier: indem die deutsch-palästinensische Politologin Anna-Esther Younes in einem Atemzug mit Judenhassern und arabischstämmigen Jugendlichen und ihren Sympathisanten genannt (Dokument 3-1) und *After the Last Sky* als Stelldichein radikaler Aktivisten diffamiert wird (Dokument 3), die Traumatisierung palästinensischer Kinder nicht publik werden und Kinderrechte nicht thematisiert werden dürfen (Dokument 4), sowie implizit auch durch die Darstellung von Verleger und/oder der Palästinasolidarität als Unterstützer reaktionärer Gruppierungen wie der Hamas (Dokument 5).

Schuldzuweisungen richten sich nicht nur gegen die Hamas, die die Bevölkerung Gazas als menschliche Schutzschilder verwende (Dokument 5), sonder auch gegen die palästinensische Autonomiebehörde (Dokument 2), gegen die Kuratorinnen des palästinensischen Kulturfestivals und den Berliner Senat (Dokument 3) und sind implizit auch in der Darstellung Israels als Schutzraum vor dem globalen Antisemitismus (Dokument 2) und einziger Demokratie im Nahen Osten enthalten, die die Rechte der andersliebenden, -glaubenden und -denkenden Bevölkerung schützt (Dokument 5) und selbst Schuld sein sollte, dass es von allen Seiten angegriffen und verbal zur Vernichtung freigegeben wird (Dokument 5).

Abwälzung der Verantwortung attribuiert die Verantwortung für die zivilen Opfer der Flächenbombardierungen in Gaza auf die Hamas (Dokument 5) und die Verantwortung für die Occupartheid auf den globalen Antisemitismus (Dokument 2).

5. Antisemitismus-, Antizionismus- und Terrorismusvorwürfe

Das Spektrum der Personen und Institutionen die explizit des *Antisemitismus* bezichtigt werden ist (fast) flächendeckend (vgl. Tab. 3) und umfasst die Jüdische Stimme für gerechten Frieden (Dokumente 1-1) und BDS (Dokumente 1-1 und 1-2), sowie das frühere Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, Rolf Verleger (Dokumente 2 und 5), und das von ihm mitbegründete Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung (Dokument 2), den Fachbereich Friedens- und Konfliktforschung an der Uni Marburg, der Verleger zum Vortrag eingeladen hatte (Dokument 2) und die Kuratorinnen des palästinensischen Kulturfestivals (Dokument 3-1).

Auffallend ist in den Dokumenten 1-1 und 2. die neue Sprachregelung „jüdischer Antisemitismus“, sowie dass *Antizionismus* vor allem den jüdischen Occupartheidskritikern – hier: der Jüdischen Stimme (Dokument 1-1) und Rolf Verleger (Dokumente 2 und 5) – zum Vorwurf gemacht wird. Darüber hinaus wird in den analysierten Dokumenten auch der Fachbereich Friedens- und Konfliktforschung an der Uni Marburg (Dokument 2) des Antizionismus bezichtigt, nicht aber jene Leute, von denen sich – aufgrund ihrer Nähe zu den Palästinensern – am ehesten erwarten ließe (Vorfälle 3 und 4).

⁵ Implizit durch Zurückweisung der Rede von ethnischen Säuberungen.

⁶ Mittels Diffamierung des palästinensischen Kulturfestivals.

	1. Konto- kündigung	2. Flugblatt Marburg	3. After the last Sky	4. Ausstel- lungsverbot	5. Flugblatt Freiburg
Antisemitismus	x	x	x	-	x
Jüdischer Antisemitismus	x	x	-	-	-
Antizionismus	x	x	-	-	x
Terrorismus / Vernichtung	x	x	x	-	x

Tabelle 3: Antisemitismus-, Antizionismus und Terrorismusvorwürfe

Dabei sind es aber nicht nur Etiketten wie Antisemitismus oder Antizionismus mittels derer Rufmord an den Occuparheitskritikern begangen wird, sondern auch handfeste Verleumdungen, die sie mit *Terrorismus* in Verbindung bringen (Dokumente 1-2 und 3) und/oder ihnen unterstellen, auf die Vernichtung Israels aus zu sein⁷ (Dokumente 2 und 5). Besonders prägnant sind in diesem Zusammenhang, die vom *Tagesspiegel* aus der Luft gegriffenen Behauptungen⁸, Nadija Samour, eine der Kuratorinnen des Kulturfestivals, habe Gewalttaten der in Israel inhaftierten Palästinenser gutgeheißen, nicht einmal bewaffnete Attentate von Palästinensern auf Israelis verurteilen wollen und den palästinensischen Widerstand als legitime Reaktion auf das israelische Apartheid-Regime bezeichnet (Dokument 3).

6. Doppelmoral, Delegitimierung und Dämonisierung

Selbstverständlich ist in den Mechanismen der moralischen Ablösung oft eine gehörige Portion Wahrheit enthalten. Aber nur die halbe Wahrheit: Wie jeder eskalierte Konflikt geht auch der israelisch-palästinensische mit kompetitiven Fehlwahrnehmungen (Deutsch 1973, 2000) einher, die sich in lang andauernden Konflikten zu gesellschaftlichen Grundüberzeugungen verdichten, die u.a. durch den Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache und an die eigene Opferrolle sowie durch den Glauben an die Aufrechterhaltung von persönlicher und nationaler Sicherheit durch eine Politik der Stärke geprägt sind (Bar-Tal 1998). Dies findet – völlig spiegelbildlich – auf beiden Seiten statt: Woran die eine Seite glaubt, wird von der anderen strikt zurückgewiesen (Kempff 2015) und als Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelmoral empfunden.

	1. Konto- kündigung	2. Flugblatt Marburg	3. After the last Sky	4. Ausstel- lungsverbot	5. Flugblatt Freiburg
Vorwurf der Doppelmoral	-	x	x	-	-
Aktive Delegitimierung	x	x	x	x	x
Vorwurf der Delegitimierung	x	(x)	x	(x)	-
Aktive Dämonisierung	x	x	x	-	x
Vorwurf der Dämonisierung	-	x	x	x	-

Tabelle 4: Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelmoral

In den analysierten Dokumenten schlägt sich diese Unvereinbarkeit von Überzeugungen in der Gleichzeitigkeit von Dämonisierung und Dämonisierungsvorwürfen bzw. Delegitimierung und Delegitimierungsvorwürfen nieder (vgl. Tabelle 4) und wird in Zusammenhang mit dem Ausstellungsverbot als eigene *Doppelmoral* unverkennbar: In der „Neutralitätspflicht“, welche die Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Trauma-Rehabilitationszentren als „hochpolitisch“, verbietet, während Ausstellungen über den Jewish National Fond und dessen Aktivitäten (u.a. in den besetzten Gebieten) (im Rathaus) bzw. eine Fotoausstellung „Menschen in Israel“ (im Bürgeramt) als „unpolitische und neutrale Ausstellungen“ gezeigt werden durften und gezeigt worden waren. Selbst Schautafeln zur Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen fielen der Zensur zum Opfer, die dem Verbot der Ausstellung vorangegangen war (Dokument 4).

Umgekehrt wird der *Vorwurf der Doppelmoral* von der Marburger „AG gegen jeden Antisemitismus“ gegen den UN-Menschenrechtsrat (Dokument 2), sowie vom *Tagesspiegel* und der *Berliner Zeitung* gegen Anna Esther Younes gerichtet, die eine der Kuratorinnen des palästinensischen Kulturfestivals gewesen war (Dokumente 3 und 3-1).

Die Themen, die mittels des Vorwurfs der *Dämonisierung Israels* aus dem Diskurs ausgeschlossen werden sollen, reichen von der Frage nach der Rechtmäßigkeit der Besetzung (Dokument 2) bis zu jener nach der der Opferrolle (auch) der Palästinenser (Dokumente 2 und 4), wobei unterstellt wird, dass sie „auf die Dämonisierung des jüdischen Staates als illegitimes rassistisches Regime“ zielen (Dokument 3) und aus Ressentiments gegenüber dem Staat Israel als „Jude unter den Staaten“ resultieren (Dokument 2).

⁷ Z.B. Rolf Verleger, dessen occuparheitskritischen Positionen als „Rechtfertigung des eliminatorischen Antisemitismus der Hamas“ verunglimpft werden (Dokument 5) und das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besetzung, dem unterstellt wird, dass es „nur allzu gerne jenen Kräften Schützenhilfe leistet, die an der Vernichtung Israels arbeiten“ [2].

⁸ Nachdem diese Behauptungen einer Nachprüfung nicht standgehalten hatten, musste der *Tagesspiegel* seinen Artikel aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Berliner Landgerichts im Internet löschen.

Ob „ethnische Säuberung“, „Siedler-Kolonialismus“ oder „Apartheid“ eine angemessene Begrifflichkeit darstellen, um die Realität der israelischen Occupartheid zu beschreiben, ließe sich sachlich diskutieren. Indem ihnen unterstellt wird, dass sie regelmäßig und bewusst im Kontext anti-israelischer Boykott-Kampagnen verwendet werden, um Israel schlimmstmöglicher Verbrechen zu beschuldigen (Dokument 3), wird aber nicht nur diese Begrifflichkeit zurückgewiesen, sondern jeglicher Diskurs über die Sachverhalte, die sie (wenn auch unzureichend) zu benennen versucht.

Der Vorwurf der *Delegitimierung Israels* richtet sich dabei nicht nur gegen diese Begrifflichkeit (Dokument 3) als solcher sondern *ad personam* gegen Anna Esther Younes (Dokument 3-1) und gegen die Jüdische Stimme für gerechten Frieden, der unterstellt wird, auf ihrer Website für die Zerstörung Israels geworben zu haben (Dokument 1-1). Indirekt ist er aber auch in der Betonung der Legitimität Israels (Dokument 2)] und in dem Vorwurf enthalten, die verbotenen Kinderzeichnungen seien hochpolitisch und verletzen die Neutralitätspflicht (Dokument 4).

Eine aktive *Delegitimierung der Occupartheidsgegner* ist im Vergleich dazu weit breiter gestreut und richtet sich nicht nur gegen BDS (Dokument 1-1) und als der Bewegung nahestehend wahrgenommene Personen (Dokumente 3 und 3-1) und Institutionen (Dokument 1-1), denen Antisemitismus und die Ablehnung des Existenzrechts Israels unterstellt wird, sondern auch gegen Menschenrechtspositionen schlechthin (einschließlich des UN-Menschenrechtsrates) (Dokument 2), wobei in Heidelberg nicht nur die Texttafeln zur Erläuterung der traumatisierenden Bedingungen für die Kinder, sondern auch jene zu den Kinderrechten gemäß Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen der Zensur zum Opfer gefallen sind, welche dem Ausstellungsverbot vorangegangen war (Dokument 4). Palästinasolidarität wird als Chiffre für den Kampf gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten verunglimpft (Dokument 5), die Tabuisierung der Nakba im öffentlichen Diskurs darf nicht angesprochen werden (Dokument 3-1)] und der (durchaus diskussionswürdigen) Option von Verhandlungen mit der Hamas wird als „Verhandlungen über die Bedingungen der Vernichtung des israelischen Staates und jüdischer Menschen weltweit“ jegliche Legitimation entzogen (Dokument 2).

Dabei gehen Delegitimierung und *Dämonisierung der Occupartheidsgegner* oft Hand in Hand, wobei die erhobenen Vorwürfe von Verharmlosung palästinensischer Gewalt (Dokument 2) und des Antisemitismus arabischstämmiger Jugendlicher (Dokument 3-1) über Delegitimierung des jüdischen Staates (Dokument 5) und Hetze gegen den Judenstaat (Dokument 3) bis zur Rechtfertigung des eliminatorischen Antisemitismus der Hamas (Dokument 5) und Befürwortung der Zerstörung Israels (Dokument 1-1) und zu der Unterstellung reichen, dass Palästinasolidarität „weniger der palästinensischen Bevölkerung (...) sondern dem bewaffneten Kampf jener reaktionären Gruppierungen“ gilt, „die eben jene Bevölkerung durch ständigen Terror ins Korsett der Sharia zwingen, als menschliche Schutzschilde verwenden und schon Kinder zu mordlustigen Antisemiten erziehen“ (Dokument 5).

Literatur

- Bandura, A. (1986). *Social foundations of thought and action: A social cognitive theory*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.
- Bandura, A. (1999). Moral disengagement in the perpetration of inhumanities. *Personality and Social Psychology Review*, 3, 193-209.
- Bar-Tal, D. (1998). Societal beliefs in times of intractable conflict: The Israeli case. *The International Journal of Conflict Management* 9/1, 22-50.
- Bar-Tal, D. (2015). "Love your neighbor as yourself". Documentation of an open letter by Prof. Daniel Bar-Tal, Tel Aviv University, Israel. *conflict & communication online* 14/1.
- Deutsch, M. (1973). *The resolution of conflict*. New Haven: Yale University Press.
- Deutsch, M. (2000). Cooperation and competition. In: Deutsch, M. & Coleman, P. T. (Eds.), *The handbook of conflict resolution. Theory and practice*. San Francisco: Jossey-Bass, 21-40.
- Kempf, W. (2015). *Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche*. Berlin: verlag irena regener.
- Kempf, W. (2017). Israel / Palästina. Zur Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt. *wissenschaft & frieden*, 35/3, 44-46.
- Sharansky, N. (2004). Antisemitismus in 3-D. Die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus. haGalil.com. Jüdisches Leben online. <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm> (Download 11.7.2017).